

Quelle: dpa vom 25. November 2011

Lobbyismus in der Finanzkrise - Enten gegen Banken?

Von Max-Morten Borgmann, dpa

Lobbyisten haben keinen guten Ruf, aber durchaus ihre Aufgabe in der Demokratie. Denn Interessenvertretung kann Entscheidungen auch positiv beeinflussen. Aber es herrscht ein Ungleichgewicht.

Berlin (dpa) - Dittsche hat's gewusst: «Die Ente hat keine Lobby», stellte Komiker Olli Dittrich in seiner TV-Rolle als Imbissbesucher einst fest. Er setzte sich ein Vogelhäuschen auf den Kopf und wollte dem interessenpolitisch vernachlässigten Wasservogel so zur Seite springen. Der Erfolg blieb überschaubar: Das Vogelhaus war geklaut, Dittsche bekam Ärger. Nun in der Schuldenkrise fühlt sich mancher Bürger selbst als Ente - nicht gehört von der Politik, die sich ihr Handeln doch nur von den Lobbyisten der Finanzwelt diktieren lasse.

Dittsche hilft da wenig, dafür kämpfen und lobbyieren zum Beispiel Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen für Interessen der Bürger. Oder die Occupy-Bewegung, bei der es an der New Yorker Wall Street jüngst zu heftigen Ausschreitungen gekommen war.

Allerdings sieht der Lobbyismus-Experte Peter Lösche den Kampf «Protestzelt gegen Finanzwelt» nicht als Duell mit gleichen Waffen. «Occupy hat keinen spezifischen Adressaten, sondern kritisiert pauschal das System.» Dagegen hätten klassische Lobbyisten ein ganz klares Ziel. «Sie wissen, wen sie unter Druck setzen wollen», sagt der Politikwissenschaftler der Nachrichtenagentur dpa.

Dabei könnten Demonstrationen mit einem klar formulierten Ziel durchaus etwas erreichen. Studenten und Professoren hätten 2009 die sogenannte Bologna-Reform an den Unis kippen können. Das sei bei den Finanzmärkten schwieriger. «Die Märkte lassen sich von Demonstrationen nicht beeindruckten», sagt Lösche. Für Bewegungen wie Occupy sei vor allem die Unterstützung durch die Medien ein entscheidender Faktor, damit sie im Lobby-Duell bestehen könnten.

Aber Lobbyismus muss nicht per se schlecht und böse sein. «Zu einer pauschalen Verteufelung der Tätigkeit von Lobbyisten (...) besteht ganz und gar kein Anlass», sagte Hans-Jürgen Papier als er noch Präsident des Bundesverfassungsgerichts war. Häufig seien die Interessenvertreter auch nützliche, manchmal gar unverzichtbare Politikberater. «Professionelle Lobbyisten sind in der Regel Experten auf ihrem Gebiet, deren Sachverstand sich für die Parlamentarier (...) als weiterführend und wertvoll erweist.»

Bleibt als Gefahr der Einfluss des Geldes. Denn wer mehr Mittel für die Lobbyarbeit in der Tasche hat, der kann auch in größerem Maße Einfluss auf den Politikbetrieb nehmen - klarer Vorteil für Bank- und Wirtschaftsverbände. Auch wenn Hans-Dieter Holtzmann, Direktor der Deutschen Bank in Berlin, Occupy und Co. durch den Einfluss von Social Media schon fast auf Augenhöhe sehen will. Lobby-Experte Lösche widerspricht da entschieden.

Und wer zieht die Grenzen des Einflusses? Als die Bundesregierung 2008 das Gesetz zur Finanzmarktstabilisierung in kürzester Zeit durch die Instanzen peitschte, halfen dem Finanzministerium auch Anwälte einer internationalen Anwaltskanzlei. Pikant: Die Juristen berieten auch die angeschlagene HSH Nordbank und die später verstaatlichte Hypo Real Estate. Waren Interessenkonflikte dort nicht unausweichlich? Nein, hieß es damals aus dem Finanzministerium.

Auch Direktor Holtzmann lobt lieber das Tempo, mit dem das Gesetz geschrieben wurde. «Wir hätten alle nie gedacht, dass eine Bundesregierung es hinbekommt, so ein schwieriges Gesetz innerhalb einer Woche bis hin zur Unterschrift des Bundespräsidenten zu bekommen», sagt er. «Die Regierung wäre wahrscheinlich auch gar nicht in der Lage gewesen, so etwas ohne externe Expertise hinzubekommen.»

Holtzmann hat selbst ein Jahr lang in der Wirtschaftsabteilung des Kanzleramtes gearbeitet und wirbt für noch mehr Austausch zwischen Wirtschaft und Politik. Der sei seit Beginn der Finanzkrise 2008 so eng wie nie zuvor und für ein besseres Verständnis beider Seiten auch dringend notwendig, sagt er. Ohne seine Erfahrungen aus dem Kanzleramt könne er seinen Job heute nicht machen.

Eine Grenze zieht Holtzmann aber doch: Die Verantwortung für Gesetzentwürfe müsse immer bei der Regierung liegen. «Es darf nicht so sein, dass Occupy Frankfurt Gesetze schreibt und es darf nicht so sein, dass die Deutsche Bank Gesetze schreibt - aber ein kluger Politiker redet mit beiden.» Bleibt zu hoffen, dass beide Seiten ihm auch mit der gleichen Kompetenz antworten können.